

## **Mehr Bürgerbeteiligung wagen**

### **Ausgangslage**

52,1 Prozent aller Dreieicher Wahlberechtigten verzichteten bei der Kommunalwahl 2011 auf ihre Stimmen. Die Stadtverordnetenversammlung ist damit faktisch nicht von der Mehrheit der BürgerInnen legitimiert.

Für unsere Demokratie ist dieser Umstand bedenklich. Er droht sie langfristig auszuhöhlen. Es genügt nicht, darüber zu klagen und die Schuld unterschwellig dem Bürger zuzuschreiben, der auf ein Recht verzichtet, für das aktuell in anderen Teilen der Welt gekämpft wird.

Es mag Bürger geben, die generell kein Interesse an Politik haben. Gerade aber auf kommunaler Ebene betreffen die getroffenen Entscheidungen unmittelbar das Lebensumfeld des Einzelnen. Es ist unwahrscheinlich, dass alle Nichtwähler kein Interesse an ihrer Stadt haben.

Vielmehr scheint es, als würden sich viele BürgerInnen nicht mehr ausreichend von der Stadtverordnetenversammlung repräsentiert und ernst genommen fühlen.

Dass BürgerInnen durchaus Interesse an lokalen Entscheidungen haben, zeigt sich u.a. an lautstarken Protesten bei Bauprojekten wie zuletzt dem Heckenborn und Nördlich der Albert Schweitzer-Straße. Berechtigterweise kann hier angebracht werden, dass die Bürgerbeteiligung im Rahmen der gesetzlichen Maßnahmen erfüllt wurde und die Bauprojekte langfristig öffentlich geplant waren.

Diese Art der Bürgerbeteiligung ist jedoch nicht ausreichend, da es dabei nicht um einen Dialog oder eine Diskussion mit den Bürgern bei der Planung von Projekten geht, sondern um die Darstellung von persönlicher Betroffenheit in einem laufenden formalisierten Planungsverfahren.

Es gilt, neue Wege zu finden, um BürgerInnen in Entscheidungsprozesse einzubinden. Ziel muss sein, dass BürgerInnen an Entscheidungen, die sie direkt betreffen, teilhaben und ihre Vorstellungen einbringen können.

Positive Beispiele, wie etwa die Stadtteilinitiative Götzenhain, das Forum Sprendlingen Nord oder der Quartiersgruppe Sprendlingen Mitte, zeigen, dass den BürgerInnen ihre Stadt nicht egal ist. Auch die ungezählten Stunden ehrenamtlichen Engagements, das Dreieicher BürgerInnen in verschiedenen Vereinen und auch informell leisten, beweisen: Sie wollen sich engagieren und sind bereit Zeit und Energie für ihre Vorstellung von einem lebenswerten Umfeld einzusetzen.

Die Stadt sollte diese Bereitschaft durch verstärkte Bürgerbeteiligung in Entscheidungsprozessen anerkennen und nutzen, denn die Herausforderungen für Kommunen werden in Zukunft eher zunehmen: Energiewende, Integration, die chronisch angespannte finanzielle Lage usw. zwingen Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung umzudenken.

Die BürgerInnen sind Legitimation und Auftraggeber der Stadt. Alles Handeln muss darauf abzielen, im Sinne des Gemeinwohls und damit der BürgerInnen zu agieren. Sie müssen sich mitgenommen und eingebunden fühlen.

Eine Bürgerbeteiligung über das gesetzliche Mindestmaß hinaus ist ein Mittel, um genau das zu erreichen. Sie muss allerdings gewisse Bedingungen und Grundannahmen erfüllen, um langfristig die Bereitschaft der BürgerInnen für mehr Engagement zu erhöhen.

## **Bedingungen für Bürgerbeteiligung**

Bürgerbeteiligung bedeutet, dass ein **tragfähiger Konsens mit allen Beteiligten** angestrebt wird. Das heißt nicht, dass alle Partikularinteressen am Ende erfüllt sind. Vielmehr ist gemeint, dass alle Betroffenen ihre Meinung und Vorschläge in die Diskussion einbringen können. Alle Faktoren im Sinne des Gemeinwohls abzuwägen und **letztendlich eine Entscheidung zu treffen, bleibt jedoch nach wie vor Aufgabe der demokratisch gewählten politischen Gremien.**

Erfolgreiche Bürgerbeteiligung setzt voraus, dass **BürgerInnen als ernstzunehmende Gesprächspartner anerkannt und respektiert werden.** Der Dialog mit ihnen darf kein Scheindialog sein, der bereits getroffene Entscheidungen lediglich absegnet. BürgerInnen verfügen, vor allem auf kommunaler Ebene, über **erhebliches Lokalexpertenwissen.** Dieses Potential sollte die Stadtverwaltung und die Stadtverordnetenversammlung nutzen und mit den BürgerInnen in einen offenen Dialog treten.

Damit das Wissen und Kreativpotential der BürgerInnen optimal genutzt werden kann, ist es notwendig, sie **so früh wie möglich in Entscheidungsprozesse einzubinden.** Im Idealfall sollte dies bereits vor der formellen Planung geschehen. So wird verhindert, dass Tatsachen geschaffen werden, die sich nicht oder nur mit hohem Aufwand korrigieren lassen.

Teilhabe an Entscheidungsprozessen setzt informierte BürgerInnen voraus. Selbstverständlich haben die BürgerInnen hier auch eine Holschuld. Um diese zu erleichtern, muss die Stadt **alle relevanten Informationen transparent und bürgergerecht** aufbereitet zur Verfügung stellen. Hierbei sind auch die Möglichkeiten des Internets zu nutzen.

Die Stadt Dreieich hat mehr als 40.000 BürgerInnen. Die Mehrheit bringt sich bisher nicht organisiert, etwa durch Bürgerinitiativen, in die Kommunalpolitik ein. Bürgerbeteiligung muss jedoch versuchen, alle Betroffenen zu erreichen, sie auf das Angebot aufmerksam machen und sie einzubinden. **Die Angebote müssen daher auch auf die Bedürfnisse von Gruppen eingehen, die sich erfahrungsgemäß weniger einbringen.** Wird dies nicht erreicht, gehen mögliche wertvolle Impulse verloren und der getroffene Konsens spiegelt nicht alle Facetten unserer Gesellschaft wider.

In welcher Form sich die BürgerInnen in Entscheidungsprozesse einbringen, ist abhängig von der Fragestellung. Nicht bei allen Entscheidungen ist die gesamte Stadt betroffen. Dann kann etwa ein Stadtteilforum geeigneter sein als eine Bürgerversammlung. Bei sehr komplexen Entscheidungen, etwa einem großen Bauprojekt, ist es notwendig mehrere Kanäle zu nutzen. Beispielsweise können Pläne auf einer Internetplattform bereitgestellt und parallel in Expertenrunden oder Ortbegehungen erläutert werden. **Die Methode muss zur Fragestellung passen.**

Welche Methode wann geeignet ist; wie man sicherstellt, dass alle Betroffenen zu Wort kommen und nicht nur die lautesten; wie der Dialog zu einer konstruktiven Lösung führt – diese Fragen müssen gestellt und im Einzelfall beantwortet werden. Deutschlandweit und

auch in unserem direkten Umfeld erprobten Kommunen neue Wege der Bürgerbeteiligung. **Diese Erfahrungswerte muss die Stadt nutzen und mit anderen Kommunen in den Dialog treten.**

Gerade die ersten Versuche von Bürgerbeteiligung werden noch nicht reibungslos ablaufen und einen **Mehraufwand an Zeit** (Vorlauf in Planungsprozessen, organisatorische Abstimmung) **und Kosten** (z.B. durch eine externe, neutrale Moderation) verursachen. Die Erfahrungen anderer Kommunen zeigen aber, dass es sich **langfristig lohnt, die BürgerInnen frühzeitig einzubinden**. Es kommt dadurch zu überraschenden, neuen Impulsen, die das Projekt bereichern. Einwände und Proteste am Ende des Projekts, wie sie aktuell bei größeren Entscheidungen an der Tagesordnung sind, nehmen deutlich ab. Die BürgerInnen sind bereit sich für den getroffenen Konsens einzusetzen und sich aktiv zu engagieren.

## Fazit

Indikatoren, wie sinkende Wahlbeteiligung, lautstarke Proteste bei größeren Bauvorhaben oder aber auch positive Beispiele wie ehrenamtliches, kommunales Engagement, zeigen, dass die aktuell gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen für Bürgerbeteiligung nicht ausreichen.

Eine neue Form der Bürgerbeteiligung muss den Konsens mit allen Beteiligten und eine Lösung im Sinne des Gemeinwohls anstreben. Die BürgerInnen werden als ernstzunehmende Gesprächspartner mit Lokalexpertisen betrachtet und frühzeitig in Entscheidungsprozesse eingebunden. Dies setzt die bürgergerechte und transparente Aufbereitung von relevanten Informationen voraus. Auch müssen die Bedürfnisse von Gruppen, die sich erfahrungsgemäß weniger einbringen oder nicht organisiert auftreten, berücksichtigt werden. Welche Methode der Bürgerbeteiligung geeignet ist, hängt von der Komplexität der zu treffenden Entscheidung ab. Erfahrungswerte anderer Kommunen sind hierbei zu nutzen.

Die letztendliche Entscheidung wird nach wie vor im Sinne des Gemeinwohls von den politischen Gremien getroffen. Alle vorab in die Diskussion eingebrachten Faktoren werden hierbei abgewogen. In der Phase der Bürgerbeteiligung verpflichten sich die Stadtverordneten und ehrenamtlichen Magistratsmitglieder jedoch zur Zurückhaltung.

Sicher werden gerade die ersten Projekte mit Bürgerbeteiligung nicht reibungslos ablaufen und Aufwand kosten. Mit zunehmender Erfahrung gewinnt Bürgerbeteiligung aber an Schwungkraft. Langfristig sparen wir uns wesentlich mehr Aufwand, als es zu Beginn kosten mag. Unabhängig von den Kosten: **Für eine funktionierende Demokratie ist es unbezahlbar, dass die BürgerInnen sich wieder ernst genommen fühlen.**